

Dr. Petra Potz und Rainer Hub

Kirche findet Stadt - ohne bürgerschaftliches Engagement keine Quartiersentwicklung

1. Kirche und Stadtentwicklung - Engagement als feste Größe der integrierten Quartiersentwicklung

Stadt ist ein soziales Gebilde, ein sozialer Raum. Die Stadt ist ein Ort der Hoffnung auf Integration, Unterstützung, sozialen Aufstieg, Toleranz und Lebensqualität. Trotz aller augenfälligen Ungleichheiten wird hier ein Alltag des Zusammenlebens praktiziert. Neben der kommunalpolitischen Steuerung und dem Ausgleich und Aushandeln fragmentierter Interessen durch Stadtplanung, Ordnungsrecht etc. sind es zivilgesellschaftliche Institutionen wie Kirchen, Wohlfahrtsverbände, Bürgerstiftungen, Gewerkschaften, Genossenschaften, Vereine und andere gemeinwohlorientierte Einrichtungen, die immer dazu beitragen, Integration zu ermöglichen, Prozesse anzustoßen und Gemeinwesen zu gestalten.

Teilhabeorientierung, die Bekämpfung der Folgen von Armut und Ausgrenzung und die nachhaltige Gewähr eines sozialen Profils im (benachteiligten) Quartier gehören zu den Leitlinien kirchlich-verbandlichen Handelns. Integrierte Stadtentwicklungsplanung trifft hier auf einen lokal verankerten Partner für die Schaffung besserer Lebensbedingungen, der mit Kirchengemeinden und sozialen Einrichtungen verlässliche Orte der Identifikation und Teilhabe bereitstellt. Kirchliche Gemeinden und Initiativen mit dem Engagement von Bürgerinnen und Bürgern, kirchlich-verbandliche Träger von sozialen Diensten und Infrastruktureinrichtungen der sozialen Daseinsvorsorge (Kitas, Familienbildungsstätten, Einrichtungen der Kinder- und Jugendhilfe, für Senioren oder Handlungsfelder städtischer Armut, Gesundheitsförderung und Prävention) wirken mit der Öffnung und Umnutzung von Kirchengebäuden und Zentren bei der nachhaltigen Stabilisierung und Gestaltung von Quartieren mit. Dies sind Aktivitäten, die eine hohe Anschlussfähigkeit an fachübergreifende und ressourcenbündelnde Handlungsprinzipien der integrierten Stadtentwicklung haben.

Kommunale Handlungsfelder und Rahmenbedingungen werden immer vielschichtiger:

- die strukturelle kommunale Finanzkrise und der Steuerungsverlust der Kommunen
- der ökonomische, digitale und arbeitsmarktpolitische Strukturwandel
- demografische Herausforderungen (Migration und Flucht, Armutszuwanderung, Alterung) und Aufrechterhalten der Versorgungsstrukturen
- zunehmende Individualisierung und soziale Ausgrenzung in Quartieren

- Nutzungsvielfalt vs. unterschiedliche Artikulationsfähigkeit von Einzelinteressen – vielfältige Lebensstile, aber auch Lebenslagen, Generationen, Herkunft etc.
- Wohnen & Arbeiten, Bildung & Kultur, Engagement & Teilhabe, Klima & Umwelt, Mobilität & Verkehr etc. in ihren sich gegenseitig verstärkenden Wechselwirkungen

Angesichts dieser Komplexität leben die Nachbarschaft oder der Sozialraum, so die Erfahrungen aus den Pionierstandorten des ökumenischen Projekts Kirche findet Stadt, welches der Deutsche Caritasverband und Diakonie Deutschland mit den beiden großen christlichen Kirchen durchführen¹, neben der Verantwortungsübernahme von Profit- und Nonprofitunternehmen im Gemeinwesen Quartier vom Engagement ihrer Bürgerinnen und Bürger, die sich in diese Prozesse einbringen. In Anlehnung an das Jahresthema der Diakonie sei gesagt: „Gute – und schlechte – Nachbarschaften muss man pflegen“. Nur mit dem bürgerschaftlichen Engagement können solche Prozesse gelingen. Aber, wie immer, wenn es um Engagement geht – die Bürgerinnen und Bürger werden gebraucht, können und sollen solche Prozesse aber nicht alleine bewerkstelligen. Es bedarf der Ressourcen, Kompetenzen, teilhabefördernder Angebote und engagementfördernder Infrastrukturen. Eine der zentralen Kernaussagen des Zweiten Engagementberichts trifft auch auf Erfahrungen dieses Projektes zu: „Damit fußt Engagement auch auf einem aktiven Staat und auf Voraussetzungen, für die er Verantwortung trägt. Engagementförderliche Strukturbedingungen sind auch auf regionaler und lokaler Ebene in den Blick zu nehmen“.²

Teilhabe und Partizipation am Gemeinwesen

Stadtsoziologen warnen seit den 1980er Jahren vor zunehmender Armutsentwicklung und vor den sich verschärfenden Tendenzen der Polarisierung und Ausgrenzung; räumlich wie sozial hat sich die Stadt in zunehmend fragmentierte und segregierte Stadtbereiche geteilt.³ Gesellschaftliche Teilhabe manifestiert sich in vielen politischen, ökonomischen und gesellschaftlichen Bereichen. Parallel zu gutverdienenden, selbstbewussten Personengruppen mit mobilen und multilokalen Lebensentwürfen gibt es Personen, die aufgrund mangelnder materieller und sozialer Ressourcen nur eingeschränkt mobil sind und ihre gesellschaftliche Teilhabe und die Stärkung des Selbstwerts vor Ort im Quartier umsetzen müssen. Sie sind auf integrationsfähige Quartiere angewiesen, in denen günstiger Wohnraum und eine soziale Infrastruktur mit Bildungseinrichtungen, Gemeinschafts- und Begegnungsstätten als förderliches Umfeld für stabile Nachbarschaften zur Verfügung stehen. All diese Themenkonstellationen bedürfen neuer, übergreifender Ansätze und Wege.

¹ *Kirche findet Stadt* (www.kirche-findet-stadt.de) wird seit 2011 als ökumenisches Kooperationsprojekt vom Deutschen Caritasverband zusammen mit Diakonie Deutschland – Ev. Bundesverband im Rahmen der Nationalen Stadtentwicklungspolitik im Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz, Bau und Reaktorsicherheit (BMUB) durchgeführt.

² BMFSFJ 2017: 10-11

³ Seidel-Schulze et al. 2012

Denn mehr denn je benötigt wird der Erhalt des Gemeinwesens Stadt, die Nachbarschaft im Quartier und die Verteidigung des Gemeinwohlgedankens inklusive all seiner unterstützenden und mitgestaltenden Arten von Engagement. Dazu gehört auch die Einmischung der sozialorientierten zivilgesellschaftlichen Akteure sowie die Eigeninitiative und Selbsthilfe der Bürgerinnen und Bürger. Die Leipzig Charta von 2007⁴ bietet hierfür ein städtisches Leitbild, das den Mehrwert integrierten und solidarischen Handelns vieler Akteure in den Blickpunkt rückt. Gemeint ist damit die „gleichzeitige und gerechte Berücksichtigung der für die Entwicklung von Städten relevanten Belange und Interessen“. In diesem Prozess soll eine Koordinierung zentraler städtischer Politikfelder in räumlicher, sachlicher und zeitlicher Hinsicht stattfinden. Die Einbeziehung der wirtschaftlichen und zivilgesellschaftlichen Akteure, Interessengruppen und der Öffentlichkeit ist hierbei unabdingbar. Dies wird auch im Engagementmonitor 2016 zum Zweiten Engagementbericht konstatiert: „Bedingungen guten Lebens gestalten sich am Lebensort. Sie brauchen neue Formen eines kooperativen Regierens und Verwaltens im Sinne einer Good Governance. Sie muss alle gesellschaftlichen Akteurinnen und Akteure ... beteiligen“.⁵

Das Quartier bietet den Handlungsrahmen für soziale Gestaltungsprozesse. Die zukunftssichere Entwicklung von lebenswerten, integrationsfähigen Quartieren kann nur eine gemeinsame Aufgabe verschiedener Akteure sein. Hier bündeln sich Ressourcen und Kräfte, finden Bürger/innen, Politik, Verwaltung und Zivilgesellschaft zusammen, um sektorale, nur auf einzelne Zielgruppen bezogene Lösungen zu überwinden. Soziale Stadtentwicklung ist dabei in einer doppelten Bedeutung zu verstehen: zum einen als Aufforderung an Stadtpolitik und Verwaltung, den Sozialraum Stadt zu erhalten und zu stärken, Konflikte zu entschärfen, Partizipation und Teilhabe auf Augenhöhe zu ermöglichen, zum anderen als ein Programm der Städtebauförderung des Bundes und der Länder⁶. Für ländliche Räume gelten solche Tendenzen und Entwicklungen gleichermaßen; wenn auch in anderen quantitativen Dimensionen. Immer gilt: Wertschätzung führt zu Wertschöpfung!

Die Soziale Stadt im Städtebau

Den Investitionsprogrammen der Städtebauförderung wurde eine Art Steuerungs- und Scharnierfunktion für eine ganzheitliche integrierte Quartiersentwicklung übertragen, mit dem Ziel, in die Verbesserung von Lebenschancen in Stadträumen zu investieren, nichtrentierliche Kosten aufzufangen, Quartiersmanager als Ansprechpartner vor Ort einzusetzen, bürgerschaftliche Verfügungs- und Quartiersfonds zu speisen und aus den so genannten benachteiligten Stadtteilen wieder selbstständig lebensfähige Quartiere mit eigener positiver Zukunftsperspektive zu machen. Kirchlich formuliert: „Suchet der Stadt Bestes“ (Jeremia 29, 7).

⁴ Leipzig Charta zur nachhaltigen europäischen Stadt 2007

⁵ BMFSFJ 2017: 11

⁶ <http://www.bmub.bund.de/themen/stadt-wohnen/staedtebau-foerderung/soziale-stadt-biwaq/soziale-stadt/>

Soziale Stadt als Teil der Städtebauförderung fördert in erster Linie bauliche Investitionen der Stadterneuerung in Gebäude, Wohnumfeld, Freiraum und Infrastruktur, wie z.B. Quartierszentren. Das ist wichtig, um sichtbar zu machen, dass es im Quartier voran geht, dass es nicht vergessen wird. Es ist aber auch wichtig, um weitere private und zivilgesellschaftliche Investitionen vor Ort anzustoßen. Allerdings braucht eine positive Trendwende in benachteiligten Stadtquartieren mehr als nur bauliche Investitionen; sie braucht auch längerfristige Steuerung und Begleitung sozialer Umstrukturierungsprozesse.

Das Programm Soziale Stadt ist daher vom Anspruch her ein integratives Programm. Es wurde als handlungsfeldübergreifendes Entwicklungsinstrument konzipiert, das immer auf komplementäre Förderstrategien anderer Ressorts, auf die Bündelung von Ressourcen und übergreifendes Handeln angewiesen war. Die Verbindung von baulichen Investitionen mit sozial-integrativen Maßnahmen, etwa der Beschäftigungsförderung, der Bildungspolitik und Kinder- und Jugendhilfe, des Gesundheitswesens oder der Kultur, erfordert die Abkehr von sektoralen Handlungsweisen und Ressortegoismen. Alle trisektoralen Akteure im Quartier und in der Stadt müssen zusammenwirken, was oft hohe Anforderungen an die Umsetzungspraxis stellt.

Eine soziale Stadtpolitik soll die Lebensbedingungen so gestalten, dass soziale Folgekosten rechtzeitig erwogen und möglichst vermieden werden. Engagements vielfältiger Art, Eigeninitiative und Selbsthilfe der Bürgerinnen und Bürger müssen in größtmöglichem Umfang gefördert und gefordert und sodann angeregt und erleichtert werden.

Kirchen und Verbände mit ihren Einrichtungen als notwendiger Seismograf

„Kirchen sind in der großen Breite ihrer amtskirchlichen wie gesellschaftlichen Organisationsformen bedeutende Akteure in der Zivilgesellschaft, auch wenn das damit verbundene Selbstverständnis keineswegs überall in den Kirchen hinreichend ausgeprägt ist. Doch die zu beobachtenden Entwicklungen sind deutlich und hoch dynamisch.“⁷ Dementsprechend sind die Kirchen und ihre Sozialverbände als zivilgesellschaftliche Akteure der Stadtentwicklung in diesem Kontext so wichtig. Dies aus mehreren Gründen: Kirche ist noch immer ein Kristallisationspunkt in der Stadt und zumeist mitten im Quartier präsent, ihre Gebäude sind identitätsstiftende Orte und Räume in der Stadt. Kirche kann und muss damit ein wichtiger Impulsgeber für eine soziale Stadt- und Quartiersentwicklung sein. Sie ist nahe an den Menschen, an der Öffentlichkeit vor Ort, und sie ist oftmals gut informiert durch ihre pastorale und soziale Arbeit. Diese seismografische Funktion der kirchlich Engagierten im Stadtteil kann Kirche – richtig verstanden – zum zentralen Experimentierfeld für eine neue soziale Öffentlichkeit und zum Forum von Diskussionen und Auseinandersetzungen um das Quartier und das Gemeinwesen machen. Sehr deutlich wird dies am Beispiel der Samariterstiftung Nürtingen mit der Stiftung Zeit für Menschen (www.zeit-fuer-menschen.de), die, angestoßen von der Wohlfahrtseinrichtung, mit Kommune, Politikerinnen und Politikern, Bürgerinnen

⁷ Klein et al. 2015

und Bürgern sowie Unternehmen am Ort bereits 2004 gegründet wurde, um „Verantwortung im Gemeinwesen zu übernehmen und dem Gemeinwohl zu dienen“.

Dennoch gilt in der Fläche betrachtet noch immer das von Bundesbauministerin Barbara Hendricks als selbstkritisch betonte Versäumnis, aber auch die einsetzende Veränderung in der Wahrnehmung: „Die Kirchen besitzen ein großes Vor-Ort-Wissen über die Chancen und Probleme der einzelnen Stadtviertel. Und dennoch haben wir die Kirchen in der Vergangenheit zu wenig als Akteure der Stadtentwicklung angesehen – und sie selber haben sich auch nicht immer als solche empfunden.“⁸

2. Sozialraumorientierung in den kirchlichen Verbänden als Innovation und Öffnung

Bei den kirchlichen Wohlfahrtsverbänden vollziehen sich Perspektiv- und Haltungswechsel: Mit sozialraum- und gemeinwesenorientierten Konzepten öffnen sich Diakonie und Caritas seit einigen Jahren zunehmend für den sozialen Nahraum.⁹ Kirchen und ihre Verbände verstehen sich dabei als Teil des Gemeinwesens und loten ihre Spielräume in neuen verbands- und handlungsfeldübergreifenden Netzwerken und Strukturen aus. Bürgerinnen und Bürger mit ihren vielfältigen Engagements sind dabei wesentlich mitzudenken, ja unerlässlich.

Kirche findet Stadt

Kirche findet Stadt ist ein Pilotprojekt der Nationalen Stadtentwicklungspolitik, das in Kooperation vom Deutschen Caritasverband und Diakonie Deutschland – Ev. Bundesverband mit 18 Pionierstandorten durchgeführt wird. Für die beteiligten Akteure ist es ein zentrales Zukunftsprojekt, dokumentiert doch die „gute Praxis“ zivilgesellschaftlicher Leistungen von Kirche und ihren Verbänden die der Stadtentwicklung. Unter dem Titel „Innovations- und Experimentierfelder für eine partnerschaftliche Entwicklung lebenswerter Quartiere“ arbeitet die bundesweite Plattform Kirche findet Stadt die Potenziale einer integrierten sozial-räumlichen Strategie für den kirchlich-verbandlichen Bereich heraus und zeigt strukturelle und förderpolitische Hemmnisse, vor allem aber auch Schnittmengen bei der Umsetzung auf.¹⁰

Sektorübergreifend werden Brücken zwischen Kommunen, Kirchen, kirchlichen Verbänden, Sozial- und Wohnungswirtschaft geschlagen. Der innovative Aspekt liegt in den Kooperationsformen und ungewöhnlichen Allianzen in der Stadtentwicklung: „Partnerschaftliche Entwicklung findet Stadt“. Dabei ist der zivilgesellschaftliche Anteil am Gelingen solch kooperierender, vernetzter Aktivitäten im Quartier, wie oben bereits angedeutet, immens. Was noch nicht zufriedenstellend gelungen ist, ist die Mitwirkung von Wirtschaftsunternehmen als Akteure im Quartier oder im Dorf. Kirche findet Stadt unterstützt die Verständigung auf und

⁸ Hendricks 2017: 4

⁹ Deutscher Caritasverband 2013; Diakonisches Werk der EKD 2007

¹⁰ <http://www.kirche-findet-stadt.de>

zwischen den verschiedenen Umsetzungsebenen von Bund, Ländern und Kommunen. Mit einem neuen Denken können sich Innovationen und „Erfahrungsräume“ vor Ort entwickeln, die für die weitere Überzeugungsarbeit im institutionellen Rahmen notwendig sind. Die Anforderungen an eine als integrierte Querschnittsaufgabe verstandene soziale Daseinsvorsorge werden dabei neu ausgelotet.

Gute und innovative Praxis vor Ort beinhaltet ein breites Spektrum von Aktivitäten – bei denen engagierte Bürgerinnen und Bürger stets eine exponierte Rolle mit(!)-spielen:

- Stabilisierende Stadt- und Quartiersentwicklung als Handlungsfeld sozialer Akteure im beruflichen wie ehrenamtlichen Bereich identifizieren
- Neue Kooperationsformen zwischen Verbänden und Kirchengemeinden erproben
- Kirchlich-verbandliche Liegenschaften öffnen bzw. umnutzen
- Aktivitäten und Ressourcen bündeln und Verbundstrukturen schaffen
- Vom Denken in Fürsorgekategorien und „Versorgungsketten“ hin zu Sozialraumorientierung und selbstbestimmter Teilhabe gelangen
- (Sozial-)Planung, integrierte Entwicklungskonzepte, lokale Aktionspläne abstimmen
- Gemeinwohl, Inklusion und Daseinsvorsorge als Querschnittsfelder und Daueraufgabe einer integrierten Stadtentwicklung einbringen¹¹

Kirche findet Stadt hat vier quartiersrelevante Handlungsfelder mit wichtigen Fachlichkeiten und Kompetenzbereichen kirchlich-verbandlichen Handelns identifiziert. Dort kommen sozial- und stadtentwicklungspolitisch relevante Ansätze zusammen:

1. Wohnen und Bekämpfung der Folgen von Armut und Ausgrenzung
2. Generationenübergreifendes Zusammenleben
3. Zentren und Orte der Begegnung und Integration
4. Gesundheitsförderung, Prävention und Inklusion

An den 18 kirchlich-verbandlichen „Pionierstandorten“ werden in den Handlungsfeldern verschiedene Kooperationsformen und die Bündelung von Ressourcen erprobt, um partnerschaftliches Handeln für eine zukunftsgerechte Stadtentwicklung verbindlicher zu etablieren. Die Arbeit der Pionierstandorte vor Ort erweist sich häufig als mutig, experimentell und (Ressort-)Logiken überschreitend, benötigt aber noch viel mehr Rückhalt in den jeweiligen verbandlichen und kirchlichen Strukturen. Viel zu häufig stoßen Bottom-up-Strategien örtlicher Kirchengemeinden oder sozialer Träger, die sich gemeinsam mit engagierten Bürgerinnen und Bürgern ins Quartier, in den Sozialraum öffnen, schnell an ihre Grenzen.

¹¹ Vgl. Potz 2014

Neue Suchräume und Nahtstellen: SGB trifft BauGB

Auch in den kirchlichen Verbänden gibt es eine „versäulte“ Handlungslogik - wie in den Kommunen. Viel zu oft liegt sie quer zu den Bedarfen an integriertem Handeln und erfordert dringend ein Angehen der Schnitt- bzw. Nahtstellenprobleme, die in den gesetzlichen Grundlagen einerseits der Hilfefelder (insbes. SGB), andererseits z.B. der bau- und planungsrechtlichen Grundlagen (BauGB) angelegt sind. Dabei geht es um die Frage, wie man den fallunspecifischen (sozial-raumbezogenen) Handlungsansatz stärker in die Sozialgesetzgebung mit ihrem vorrangig individuellen Rechtsanspruch integrieren kann.

Bezüglich der Rolle von Kirchen und Verbänden ist ein Experimentierfeld notwendig, um in „Suchräumen“ herauszufinden, wie neue Allianzen in der Stadtentwicklung unter den spezifischen örtlichen Rahmenbedingungen geschmiedet werden können und wie diese insgesamt dazu beitragen können, dass sich gerade auch schwierige Stadtteile stabilisieren lassen¹². Exemplarisch dafür stehen die Erfahrungen von Pfarrer Nollmann mit dem Umbau der Friedenskirche am Pionierstandort Bochum-Stahlhausen zum interkonfessionellen Stadtteilzentrum Q1 – Haus für Kultur, Religion und Soziales: „Kirche in unserem Verständnis von Sozialraumorientierung dient heute nicht der Befriedigung der ‚Vereinsmitglieder‘, sondern der Verbesserung der Lebensqualität und der Teilhabechancen aller Menschen im Quartier – ob und egal welcher Konfession. Somit werden auch der Anbau der Begegnungsstätte und die neue Kita eine ‚Kirche‘ für alle sein.“¹³

Die Rolle der Kommune als bündelnde Kraft vor Ort ist unstrittig. Sie ist in der Verantwortung für eine gesamtstädtische Perspektive. Die zivilgesellschaftlichen Kräfte, zu denen auch Kirchen und Verbände zu zählen sind, können und sollten dabei selbstbewusst mitmischen und Anstöße für den sozialen Zusammenhalt geben. Sodann gilt auch: „Entwicklung findet Kirche und Stadt“.

Kommunen haben die Aufgabe, eine ressortübergreifende Zusammenarbeit zu ermöglichen und integrierte Entwicklungskonzepte zu erarbeiten und zu gestalten. Somit sind sie vorbereitend, begleitend und verstetigend tätig. Diese verantwortungsvolle Rolle zieht oft einen Lernprozess nach sich: nach innen – dezernatsübergreifend, sowie nach außen – bei der Kooperation mit anderen Akteuren. Im Bereich der sozialen Stadtentwicklung sollte eine verbindliche und gesicherte Einbindung von Kirchen und Verbänden mit ihren Erfahrungen beim sozialräumlichen Zugang zu Zielgruppen unabdingbar werden, denn weitere Akteure und Ko-Finanzierer sind nötig. Kein Akteur kann Zukunftsaufgaben der Daseinsvorsorge allein bewältigen.

Die ressortübergreifende Strategie des BMUB „Nachbarschaften stärken – Miteinander im Quartier“ bietet in diesem Zusammenhang einen wichtigen Anstoß für die Verankerung sozialräumlicher Ansätze in anderen Ressorts und auf der zivilgesellschaftlichen Ebene. Die Stra-

¹² Vgl. MBWSV NRW et al. 2014

¹³ MBWSV NRW 2014: 53

ategie zielt auf eine Abstimmung der Verantwortlichkeiten für die „soziale Integration“, Aktivitäten und Programmatik der Nachbarressorts auf Bundesebene werden mit dem „Leitprogramm Soziale Stadt“ auf Synergien und Kopplungspotenziale geprüft.¹⁴ Die Anknüpfungsmöglichkeiten für Aktivitäten der Zivilgesellschaft im Sinne von Kirche findet Stadt sind dabei evident.

3. Soziale Stadt- und Quartiersentwicklung – Anforderungen an ein komplexes und unabdingbares Handlungsfeld für Kirche und Stadt

Integriertes und kooperatives Handeln zwischen Kirche und Stadt

Eine integrierte Quartiersentwicklung in Partizipation der Bürgerinnen und Bürger ist der Dreh- und Angelpunkt für den sozialen Zusammenhalt und letztlich für den sozialen Frieden. Für die Etablierung integrierter Stadtentwicklung und kommunaler Netzwerkstrukturen braucht es eine politische Agenda, die weit über die derzeitigen Aktivitäten verschiedener Ressorts oder einzelner zivilgesellschaftlicher Akteure wie den Kirchen hinausgeht. Politische Rückendeckung ist für integrierte Quartiersprozesse unerlässlich: In den Kommunen muss soziale und kooperative Quartiersentwicklung zur Pflichtaufgabe werden. Bedarf an integriertem kommunalen Handeln besteht insbesondere zwischen den Bereichen Stadtentwicklung, Bildung, Kinder, Jugend, Familie, Alter, Inklusion, Zuwanderung, Gesundheitsförderung, Mobilität, Besondere Lebenslagen und Kultur.

Kirche ist ein zivilgesellschaftlicher Akteur in Suchbewegung und als solcher einzubinden

Kirche als Institution und die Kirchengemeinden vor Ort sind heute oft mit ihren internen Umstrukturierungsprozessen beschäftigt, bringen sich daher zu wenig in das Gemeinwesen ein und überlassen die soziale Arbeit allzu häufig ihren Trägern: Diakonie und Caritas haben nach eigener Aussage bereits „einen langen Weg des Lernens im Quartier“¹⁵ zurückgelegt. Die Kooperation mit den städtischen Partnern ist in der Regel eingeübt. Kirchengemeinden hingegen tun sich da oft schwer, aber ihre Handlungsspielräume sind oft auch begrenzt. Sie müssen sich wieder ihrer Rolle als aktiver Teil des politischen Gemeinwesens gewahr werden, mit Stimme und Macht gegen Ausgrenzung, Segregation und räumliche Abschottung argumentieren.

Stadt- und Quartiersentwicklung ist ein zentrales Handlungsfeld für Gemeinwohl und sozialen Zusammenhalt

Die Kirche könnte eine deutlich größere Rolle in der inklusiven Quartiersentwicklung spielen. Die Ermöglichungsstrukturen, die mit Kirche findet Stadt aufgebaut wurden, haben große Potenziale für die Stabilisierung und Verbesserung der Lebensqualität vor Ort, in den Stadtteilen und Quartieren aufgezeigt. Hier geht es um ein Querdenken, das an Haltung und

¹⁴ BMUB 2016

¹⁵ Vgl. Lilie 2017

Selbstverständnis von Institutionen und den in ihnen agierenden Menschen ansetzt. Ressortübergreifendes Handeln und das Bündeln finanzieller und immaterieller Ressourcen unterschiedlichster Art und Reichweite bilden eine institutionelle Innovation, die sich auch in der Umsetzung der Prinzipien integrierter Stadtentwicklung als komplex erweist. Für die Identifizierung dieser Schnittstellen braucht es weitere beharrliche Überzeugungsarbeit, „capacity building“ bei allen Beteiligten sowie Gelegenheiten zum Erproben und Lernen in der Praxis vor Ort.

Neue Kooperationsformen erproben: Verbände & Kirchengemeinden & Kommunen & weitere Akteure

Zentrale Herausforderung ist es, einen Paradigmenwechsel einzuleiten und strategische Verantwortungsgemeinschaften zu bilden. Soziale, integrative, lokalökonomische und bauliche Maßnahmen müssen ineinander greifen. Aus verschiedenen Praxiserfahrungen wird deutlich: Bürgerstiftungen und Kooperationsmodelle mit geteilter Verantwortung statt einer nur konfessionellen Ausrichtung können eine breitere Akzeptanz erzielen. Neben den Kommunen mit ihren Bürgerinnen und Bürgern sind dazu z.B. Wohnungsunternehmen, Bildungs- und Kultureinrichtungen, Religionsgemeinschaften und soziale Träger und Verbände, Vereine, Stiftungen, Gesundheitseinrichtungen und die lokale Wirtschaft etc. mit ihren Interessen und Ressourcen einzubinden.

Kirchlich-verbandliche Liegenschaften für die gemeinwohlorientierte Quartiersentwicklung öffnen

„Kirche“ ist vor Ort präsent, relativ flächendeckend und im Nahraum. Damit hat sie auch eine strategische liegenschaftspolitische Rolle, ohne sich dessen immer bewusst zu sein. Sie kann eine wichtige Rolle im Sinne einer gemeinwohlorientierten Steuerung ihrer Immobilienbestände einnehmen, muss sich dazu aber auch öffnen und vernetzen, so dass sie in die Debatten vor Ort eingebunden ist. Überall dort, wo sich Kirchengemeinden auch gegen Widerstände auf das Querdenken eingelassen haben, haben sie ihre Präsenz in der Gemeinde gestärkt. Ein großes Potenzial bei der Neu- und Umnutzung kirchlicher Immobilien liegt in alternativen Projektentwicklungen und gezielten Konzeptvergaben zugunsten z.B. von gemeinwohlorientierten Projekten. Die Potenziale kirchlicher Flächen und Liegenschaften für einen Vielfalt ermöglichenden Wohnungsbau sind bei weitem noch nicht ausgeschöpft. Auch um ihr eigenes Profil als zivilgesellschaftlicher Akteur für einen sozialen Zusammenhalt und ihre gesellschaftliche Relevanz zu erhalten, sollten Kirchengemeinden, aber auch die kirchlichen Bauämter auf Bistums- oder Landesebene deutlichere Schritte in diese Richtung gehen.

4. Quellen

BMFSFJ (2016): Zweiter Engagementbericht 2016. Demografischer Wandel und bürgerschaftliches Engagement: Der Beitrag des Engagements zur lokalen Entwicklung. Engagementmonitor 2016 Berlin: Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend

BMUB (2016): Ressortübergreifende Strategie Soziale Stadt: Nachbarschaften stärken, Miteinander im Quartier. Kabinettsbeschluss vom 29.08.2016. Berlin: Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz, Bau und Reaktorsicherheit

Deutscher Caritasverband (2013): Solidarität im Gemeinwesen – Eckpunkte zur Sozialraumorientierung. Freiburg: DCV

Diakonisches Werk der EKD (2007): Handlungsoption Gemeinwesendiakonie. Die Gemeinschaftsinitiative Soziale Stadt als Herausforderung und Chance für Kirche und Diakonie. Stuttgart: DW EKD

Hendricks, B. (2017): Zwischenbilanz aus Bundessicht. In: Vorhoff, K., Beneke, D. (Hg.): Kirche findet Stadt. Dokumentation der Zwischenbilanz am 22.11.2016 in Berlin, S. 4-5. Verfügbar unter: http://www.kirche-findet-stadt.de/pdf/downloads/kfs/Doku_Zwischenbilanz_web.pdf (zuletzt geprüft: 20.07.2017)

Klein, A. et al. (Hg.) (2015): Kirchen in Bewegung. Forschungsjournal Soziale Bewegungen, Jg. 28, H. 1

Leipzig Charta zur nachhaltigen europäischen Stadt (2007): Angenommen anlässlich des Informellen Ministertreffens zur Stadtentwicklung und zum territorialen Zusammenhalt in Leipzig am 24./25. Mai 2007

Lilie, U. (2017): Zwischenbilanz aus Bundessicht. In: Vorhoff, K., Beneke, D. (Hg.): Kirche findet Stadt. Dokumentation der Zwischenbilanz am 22.11.2016 in Berlin, S. 9-11. Verfügbar unter: http://www.kirche-findet-stadt.de/pdf/downloads/kfs/Doku_Zwischenbilanz_web.pdf (zuletzt geprüft: 20.07.2017)

MBWSV NRW (2014): Stadtentwicklungsbericht 2013. Düsseldorf: Ministerium für Bauen, Wohnen, Stadtentwicklung und Verkehr NRW

MBWSV NRW et al. (Hg.) (2014): Kirche als Akteur in der Stadt- und Quartiersentwicklung in NRW. Potenziale und Strategien für zukunftsfähige Quartiere. Düsseldorf: Ministerium für Bauen, Wohnen, Stadtentwicklung und Verkehr NRW. Verfügbar unter: http://www.kirche-findet-stadt.de/pdf/downloads/KfS_Doku-NRW-2014.pdf (zuletzt geprüft: 20.07.2017)

Potz, P. (2014): Kirche findet Stadt. Soziale Quartiersentwicklung mit neuen Partnern. In: Kirche und Stadt. Magazin Innenstadt. Netzwerk Innenstadt NRW, Münster, S. 10-14

Seidel-Schulze, A., Dohnke, J., Häußermann, H. (2012): Segregation, Konzentration, Polarisierung – Sozialräumliche Entwicklung in deutschen Städten 2007 bis 2009, difu-Impulse. Berlin

AutorInnen

Dr. Petra Potz ist Stadtplanerin mit dem Büro *location³ - Wissenstransfer*, Berlin. Sie betreut die Kirche findet Stadt-Transferstelle für die beiden Projektträger Deutscher Caritasverband und Diakonie Deutschland – Ev. Bundesverband.

Kontakt: potz@location3.de

Rainer Hub ist Projektreferent bei Kirche findet Stadt seitens der Diakonie Deutschland - Ev. Bundesverband, Berlin. In einem der sozialpolitischen Zentren ist er für Freiwilliges Engagement und Freiwilligendienste zuständig. Im BBE wirkt er in Arbeitsgruppen und im Koordinierungsausschuss mit.

Kontakt: rainer.hub@diakonie.de

Redaktion

BBE-Newsletter für Engagement und Partizipation in Deutschland

Bundesnetzwerk Bürgerschaftliches Engagement (BBE)

Michaelkirchstr. 17/18

10179 Berlin

Tel: +49 30 62980-115

newsletter@b-b-e.de

www.b-b-e.de